

Wolfsburger Erklärung

Mit aller Kraft für Deutschland.

Wirtschaftlich stark, sozial sicher, ökologisch bewusst.

- **Soziale Demokratie bleibt nur dann ein mehrheitsfähiges Reformprojekt in Deutschland, wenn es der SPD gelingt, klar zu machen, wofür sie steht und für wen sie sich einsetzt.** Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität *waren und* sind unsere Grundwerte. All unsere Politik muss sich daran messen lassen, ob sie ihnen genügen kann. Sie bedingen sich einander und stützen sich gegenseitig. Die Grundwerte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn nur wenn sie gleichberechtigt nebeneinander stehen, können sie ihren Sinn erfüllen. Es sind die Werte einer sozialen Demokratie. Sondern soziale Demokratie hat auch die Freiheit jedes einzelnen Menschen zum Ziel: Freiheit von materieller Not und existenziellen Sorgen in schwierigen Lebenslagen ebenso wie Freiheit zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und zur selbstbewussten und verantwortlichen Gestaltung des eigenen Lebens. Wer morgen nicht weiß, wie er seine Miete oder seinen Arzt bezahlen soll, dem bleiben die formalen Freiheitsrechte unserer Demokratie verschlossen.

Wer in Not gerät, muss sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen können. Solidarität ist das Mittel, um auch den Schwächeren ein selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen.

Soziale Sicherheit bleibt die Voraussetzung für eine umfassende Teilhabe- und Teilnahmemöglichkeit in unserer Gesellschaft. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass das Leben der Menschen offen bleibt: nicht gebunden an ihre Herkunft, an Einkommen, Geschlecht, Hautfarbe oder Religion. In diesem Sinne sind und bleiben wir eine Emanzipationsbewegung für soziale Demokratie und ihren Freiheitsanspruch. Dafür brauchen wir in Deutschland auch in Zukunft solidarische und tragfähige Systeme der sozialen Sicherheit.

- **Soziale Demokratie braucht wirtschaftliche Leistungskraft, Innovation und Wachstum.** In einem rohstoffarmen Land wie Deutschland heißt das: Vorfahrt für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie. Wer kein Gold im Boden hat, muss sich um das Gold in den Köpfen kümmern. Davon aber haben wir uns in den letzten Jahren immer weiter entfernt. Wir geben im Bundeshaushalt mehr als zehnmals soviel für Schuldzinsen aus der Vergangenheit und Rentenzuschüsse aus als für Forschung und Technologie. Aus Verantwortung für die künftigen Generationen können wir aber nicht noch mehr Schulden aufnehmen. Deshalb mussten und müssen wir die sozialen Sicherungssysteme reformieren und mehr in die Bildung unserer Kinder und in Forschung und Technologie investieren.
- **Konservative und Liberale haben in ihrer Regierungszeit die erkennbaren Strukturprobleme unseres Landes nicht angepackt.** Vieles wäre heute leichter, wenn sie dafür nicht zu feige gewesen wären. Es sind Sozialdemokraten, die notwendige und zum Teil auch schmerzhaftige Reformen mit der Agenda 2010 begonnen haben. Mit diesem Reformprozess tun wir Notwendiges, um auch in Zukunft ein handlungsfähiges Gemeinwesen zu gewährleisten. Sich zu dieser Politik zu bekennen, heißt zugleich klar zu machen, dass die Umsetzung der eingeleiteten Veränderungen erst begonnen hat. So gilt es, alle Kraft darauf zu verwenden, im Zuge der Arbeitsmarktreformen neben den verschärften Anforderungen an Langzeitarbeitslose auch neue Chancen für diese zu eröffnen. Fordern ohne fördern wäre zynisch und falsch.

Dazu gehört auch die Verantwortung, ständig zu prüfen, ob die vollzogenen Reformen die gewünschten Effekte bewirken und ob es zu unzumutbaren Härten für die Menschen kommt. Sollte dies festgestellt werden, muss es zu Nachbesserungen kommen

- **Gleichzeitig muss neben aktivierender Arbeitsmarktpolitik eine Wirtschaftspolitik umgesetzt werden, die Wachstum fördert und neue Arbeit schafft.** Dazu gehören auch verstärkte Investitionen des Bundes in den Bereichen Bildung, Forschung und Infrastruktur. Bevor über neue Konjunkturprogramme entschieden wird, muss der Bund hier durch eine Erhöhung der Mittel notwendige konjunkturelle Impulse setzen. Für neues Wachstum müssen alle ihren Beitrag leisten, die gesamtwirtschaftliche Verantwortung tragen: Politik, Finanzwirtschaft, Gewerkschaften und Unternehmen.

Wir müssen mit großer Konsequenz und Beharrlichkeit an der sozialen Erneuerung Deutschlands arbeiten. Dazu gehört es, neue Wachstums- und Beschäftigungsfelder in Deutschland zu eröffnen und Investitionen zu erleichtern. Wir sprechen uns grundsätzlich dafür aus, dass wirtschaftliche Erträge, die in Deutschland neu investiert werden, zukünftig steuerlich besser gestellt werden, als reine Gewinnausschüttungen. Gleichzeitig muss Arbeit durch eine Senkung der Lohnnebenkosten entlastet werden.

- **In der Debatte um Ausgrenzung und Armut in Deutschland muss die SPD offensiv für Teilhabe und die Erneuerung des Versprechens von sozialem Aufstieg eintreten.** Neben dem Arbeitsmarkt geht es dabei vor allem um die Bildungs-, Familien- und Gesundheitspolitik. Viel stärker als in anderen Ländern entscheidet in Deutschland die soziale Herkunft über Bildungs- und damit über Lebenschancen. Mit diesem Zustand dürfen wir uns auf keinen Fall abfinden. Wir brauchen einen neuen Bildungsaufbruch in Deutschland, eine Bildungspolitik, die von Anfang an auf individuelle Förderung der Talente jedes einzelnen Kindes setzt und Leistung statt Herkunft zum entscheidenden Maßstab für die Verwirklichung individueller Lebenschancen macht. Die derzeitige Ausgrenzung – Ergebnis einer verfehlten Bildungspolitik der Vergangenheit – ist ungerecht und auch wirtschaftlich untragbar. Kein Kind darf aufgegeben werden.

- **Zudem muss in unserer Gesellschaft gelten, gerade diejenigen nicht im Stich zu lassen, die sich nicht selbst helfen können. Teilhabe, sozialer Aufstieg und auch soziale Sicherheit erfordern einen handlungsfähigen Staat.** Er kann nicht alle Probleme lösen - auch Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind gefragt. Aber der Staat kann und muss seine Aufgaben wahrnehmen, wenn es gilt, individuelle Lebenschancen zu eröffnen und große soziale Lebensrisiken abzusichern. Die Konservativen in Deutschland versuchen den Staat zur Ursache aller Probleme zu erklären. Diese Ideologie hat schon in anderen Ländern ihre verheerende Wirkung entfaltet. Die traditionalistische Linke hat in der Vergangenheit Fehlentwicklungen im staatlichen Handeln all zu lange ignoriert und schön geredet. Die SPD muss klar machen, dass wir auf einen handlungsfähigen, aktivierenden und integrierenden Sozialstaat setzen - nicht auf dessen Schwächung oder gar Abschaffung. Ein effizient organisierter Sozialstaat dieses Charakters bedarf allerdings einer soliden Finanzausstattung, um seinen Aufgaben gerecht werden zu können. Wir stehen nicht für die Privatisierung von Lebensrisiken. Klar ist aber, dass soziale Absicherung in Deutschland zukünftig unter grundlegend veränderten Bedingungen zu organisieren ist. Dazu gehören schrittweise auch andere Grundlagen der Finanzierung des

Sozialstaates. Grundsätzlich befürworten wir einen stärkeren steuerlichen Anteil an der Finanzierung des Sozialstaates.

- **Das verletzte Gerechtigkeitsempfinden und das verbreitete Ohnmachtgefühl vieler Menschen gegenüber Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sowie die sinkende Binnennachfrage lähmen unser Land.** Immerhin wurde mittlerweile allgemein anerkannt, dass es ein Nachfrageproblem in Deutschland gibt, Der allgemeine Nachfragemangel ist nur teilweise ein psychologisches Problem. Zwar hat die Bundesregierung durch die Steuerreform dafür gesorgt, dass viele Menschen mehr Geld haben, diese Effekte drehen sich aber in den unteren Einkommensgruppen durch die gleichzeitig in krafttretenden Zuzahlungen im Gesundheitswesen, und Rente um. Dieses Problem wird noch durch immer massivere Lohnzurückhaltung verschärft. Grundlage für einen wirtschaftlichen Aufschwung und die soziale Erneuerung ist es, dafür zu sorgen, dass die Menschen wieder mehr Geld in der Tasche haben und dass diese Vertrauenskrise überwunden wird. Dazu gehört, dass wir die Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums aus unserer Verfassung gegenüber den Unternehmern und Managern ebenso offensiv einfordern wie die Bereitschaft, staatliche und wirtschaftliche Institutionen zu erneuern. Und es gilt auch: Die Lasten der Veränderungen in Deutschland dürfen nicht immer nur einseitig auf Arbeitnehmer, Arbeitslose, Kranke und Pflegebedürftige abgewälzt werden. Diejenigen, die in unserem Land wohlhabend und reich geworden sind, besitzen auch eine Verantwortung. Ihre starken Schultern müssen schwächere entlasten helfen. Wer von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Veränderungsbereitschaft fordert, darf bei sich selbst nicht haltmachen. Vor allem aber muss jederzeit klar sein, dass sich die Politik in Deutschland nicht mit sich selbst, sondern mit den Problemen und Chancen unseres Landes beschäftigt. Die SPD muss dabei mit dem Gesicht zu den Menschen ihre Wahrnehmung dafür schärfen, was die Bürgerinnen und Bürger bewegt und verunsichert. Mehr noch aber muss sie ehrlich und offen Orientierung geben, indem sie für einen Erneuerungsprozess einsteht, der erst die Voraussetzung für mehr soziale Gerechtigkeit schafft.
- **Wir müssen die Auseinandersetzung mit den Konservativen in Deutschland über die Frage aufnehmen, in welchem Land die Menschen in Zukunft in Deutschland leben wollen.** Dabei stehen sich sehr unterschiedliche Positionen gegenüber. *Wir* setzen dabei auf eine erneuerte soziale Demokratie.
- **Dazu muss die Sozialdemokratie den Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften suchen, die in Deutschland für Teilhabe, Zusammenhalt und soziale Aufstiegsmöglichkeiten eintreten.** Dazu gehören verantwortungsbewusste Menschen in Kirchen, Gewerkschaften, den Unternehmen und der Wissenschaft. Deutschland braucht eine Allianz für soziale Demokratie. In diesem Sinne arbeiten wir für eine erfolgreiche und mehrheitsfähige SPD.

Resolutionen

Keinen Fußbreit den Faschisten !	Nr.: Resolution
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Resolution	

Keinen Fußbreit den Faschisten!

Am 18. Juni 2005 will die rechtsextreme NPD erneut durch die Stadt Braunschweig marschieren, um dort ihre rassistischen und faschistischen Parolen in die breite Öffentlichkeit zu tragen. Unter dem Motto „Sozialabbau, Rentenklau, Korruption – Nicht mit uns!“ mobilisiert diese Partei des gesellschaftlichen Abschaums ihr Klientel, das so braun ist, wie die HJ-Uniformen aus früherer Zeit. Um dies ebenso erfolgreich wie im vorletzten Jahr zu verhindern, hat das Braunschweiger "Bündnis gegen Rechts" erneut zu einer Gegendemonstration aufgerufen. Der SPD-Bezirk Braunschweig begrüßt dies und ruft selbst dazu auf, an dieser Gegendemonstration teilzunehmen.

In langer Tradition hat sich die deutsche Sozialdemokratie gegen ein Anwachsen des Faschismus gewehrt und musste unter seinen Auswüchsen leiden.

Heute, 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, muss in Deutschland wieder ein Zuwachs von Patriotismus, Rassismus und Antisemitismus beobachtet werden.

In Sachsen und Brandenburg sind rechtsextreme Parteien in die Landtage eingezogen und verbreiten dort ihre Hetze gegen Andersdenkende und Ausländer – alles unter dem Schutz parlamentarischer Immunität.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehen gegen Rassismus, Faschismus und Antisemitismus auf die Straße. Sie zeigen den Faschisten dass sie und ihre menschenverachtenden Parolen weder in Braunschweig noch anderswo willkommen sind.

Die SPD kommt somit ihrer Pflicht als Partei des demokratischen Spektrums nach. Wer bei den vielen Aufmärschen der Neonazis in unserer Zeit einfach wegschaut und nicht handelt, begünstigt ihre Position im selbsterklärten "Kampf um die Straße".

Die SPD wird weiterhin handeln und antifaschistischen Widerstand innerhalb der Gesellschaft breit fördern.

Gleichberechtigte Teilhabe für behinderte Menschen ausbauen .	Nr.: Resolution
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Resolution	

Gleichberechtigte Teilhabe für behinderte Menschen ausbauen

Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

Unter den aktuellen finanzpolitischen Rahmenbedingungen werden auf allen staatlichen Ebenen freiwillige Leistungen gekürzt und insbesondere benachteiligte Personengruppe wie Behinderte, ältere Menschen aber auch Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger indirekt für die wirtschaftliche Lage mit verantwortlich gemacht. Die SPD wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen diesen Zeitgeist und spricht sich vielmehr für eine neue Sensibilisierung der Solidarität der Allgemeinheit gegenüber gehandicapten Menschen aus.

Dazu gehört insbesondere die Bedeutung der Schaffung eines Bewusstseins für die Rechte, Bedürfnisse und Möglichkeiten der Menschen mit Behinderungen. Politisches Rahmenziel bleibt die Vision einer gerechten Gesellschaft und einer gleichberechtigten Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Alle staatlichen Ebenen müssen daraufhin wirken der Gesellschaft die Lage der Menschen mit Behinderungen, ihre Rechte, ihre Bedürfnisse und ihren Beitrag am gesellschaftlichen Leben bewusst zu machen.

Zur Verdeutlichung der Ernsthaftigkeit unseres Anliegens fordern wir den künftigen Bezirksvorstand auf, das kooptierte Mitglied von „Selbst Aktiv“ mit vollen Stimmrecht in allen Angelegenheiten, die Menschen mit Behinderung betreffen, auszustatten

Insbesondere die Umsetzung der UN-Standardregeln in der sogenannten Agenda 22 muss auf der Ebene des Bundes, der Länder, den Kommunen sowie aber auch Unternehmen und Organisationen wieder stärker ins Blickfeld gerückt und berücksichtigt werden. Dieses sind insbesondere:

- mit den Behindertenorganisationen als gleichberechtigte Partner zusammen zu arbeiten.
- ihre Aktivitäten zusammen mit den Behindertenorganisationen zu überarbeiten und zu überprüfen.
- Zusammen mit den Behindertenorganisationen eine Auflistung der Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen zu erstellen.
- Ein eigenständiges behinderten politisches Programm zu erstellen, das die Lücke zwischen der Ist-Situation und den Bedürfnissen der behinderten Menschen schließt.
- Im politischen Handeln zu berücksichtigen, wie die Belange behinderter Menschen in alle zukünftigen Entscheidungsprozesse integriert werden.
- Vorort zu entscheiden, auf den jeweiligen Ebenen sicherzustellen, wie die Zusammenarbeit mit Behindertenorganisationen in Zukunft geregelt werden soll.
- Die behinderten politischen Programme in regelmäßigen Abständen zu evaluieren und zu überarbeiten.

Solidarität mit blinden Menschen	Nr.: Resolution
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Resolution	

Solidarität mit blinden Menschen

Wir leben in einer Welt, in der 80 bis 90% aller Informationen mit den Augen erfasst werden. Vieles, was für sehende Menschen selbstverständlicher Tagesablauf ist, können blinde Menschen ohne fremde Hilfe oder teure Hilfsmittel nicht. Sie brauchen Hilfe beim morgendlichen Ankleiden, bei der Körperpflege und bei der Essensvorbereitung. Sie brauchen Hilfe beim Einkaufen, beim Arztbesuch oder für hauswirtschaftliche Verrichtungen. Sie brauchen einen Helfer zum Vorlesen der Tageszeitung, der Post oder ihrer sonstigen Unterlagen.

Wenn Blinde ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben führen wollen, müssen sie für Hilfsmittel und Güter des täglichen Lebens bis zum 20-fachen des Normalpreises bezahlen. Für diesen erheblichen finanziellen Mehraufwand wurde 1963 das Landesblindengeld in Niedersachsen eingeführt. Der damalige SPD-Sozialminister, Kurt Partzsch, stellte fest: „Es sind in etlichen Fällen blinde Menschen, die die durch Blindheit bedingten Mehraufwendungen nur durch Hypothekenaufnahmen bzw. Vermögensveräußerungen aufbringen können. Dieses ist weder den blinden Menschen noch den Angehörigen zuzumuten“.

In den vergangenen 30 Jahren war die Behindertenpolitik deshalb darauf ausgerichtet, behinderten Menschen eine eigenständige und gleichberechtigte Lebensführung zu ermöglichen.

Seit der Regierungsübernahme der CDU/FDP Landesregierung unter Ministerpräsident Wulff und Sozialministerin von der Leyen findet in der Behindertenpolitik des Landes Niedersachsen ein radikaler Paradigmenwechsel statt. Die gleichberechtigte Teilhabe von behinderten Menschen wird zunehmend ersetzt durch das Fürsorge- und Almosenprinzip der 50er und 60er Jahre.

2004 wurde das Landesblindengeld um 20% auf 409,- Euro (Pflegestufe 2) gesenkt und den Blinden versprochen, dass mit dieser Vorleistung das Blindengeld in den nächsten Jahren nicht mehr angetastet würde. Mit dem Haushaltsplan 2005 erfolgte dann jedoch ein in der Geschichte der Bundesrepublik bisher einmaliger und unfassbarer Schlag gegen blinde Menschen in diesem Land. 60% aller Haushaltskürzungen im Sozialbereich (22 Mio. €) wurden durch die CDU/FDP-Koalition ausschließlich gegen blinde Menschen durchgedrückt.

Die Streichung des Blindengeldes sorgt dafür, dass ein Großteil der 12.000 Zivilblinden in Niedersachsen wieder in die Isolation und mittelfristig in die Heime abgeschoben wird. Die Regierung redet von Verwaltungsvereinfachung und treibt gleichzeitig 12.000 Blinde zur Vermögensoffenlegung in die Sozialämter.

Anspruch auf Blindenhilfe nach dem Sozialhilferecht haben Blinde erst, wenn ihr Vermögen 2.600 Euro nicht überschreitet. Für diesen Betrag bekommt man in Deutschland kaum eine Beerdigung. Das heißt, Blinde können nichts mehr ansparen, keine Rücklagen für größere

Anschaffungen bilden oder einen Notgroschen zurücklegen. Bei den Vermögensgrenzen werden sie schlechter behandelt als Leistungsempfänger nach Hartz IV.

75% aller blinden Menschen sind über 60 Jahre alt. 8 von 10 sind mehrfachbehindert, manche sogar taubblind.

Den blinden Menschen werden bewusst das Selbstbestimmungsrecht und das Selbstwertgefühl genommen. Es wurde gezielt ein Exempel statuiert. Sozialministerin von der Leyen hat für besondere Härtefälle, die, wie sie sagt, durch den Gesetzgeber geschaffen worden sind, einen Härtefallfonds eingerichtet. Dabei sind die Lücken durch den Gesetzgeber erst auf Initiative dieser Sozialministerin entstanden.

Mit der Entscheidung der CDU/FDP-Landesregierung wird Niedersachsen zum bundesweit ersten schwarzen Fleck für Behinderte und Schlusslicht in der Sozialpolitik. Das alte Sprichwort: „Blindheit ist die Mutter der Armut“ bekommt wieder Aktualität.

Mit dem sozialpolitisch eiskalten Vorgehen wurde ein Tor aufgestoßen, um weitere Kürzungen in der Behindertenpolitik durchzusetzen. So plant die Landesregierung, nächstes Jahr in der Behindertenhilfe weitere 50 Mio. Euro zu kürzen.

Der SPD-Bezirksparteitag wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die neue Ausgrenzung und Stigmatisierung von Benachteiligten insbesondere behinderten und blinden Menschen. Er erklärt sich solidarisch mit den Bemühungen des Landesblindendenverbandes, durch ein Volksbegehren in Niedersachsen einkommensunabhängiges Blindengeld wieder einzuführen. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im SPD-Bezirk Braunschweig unterstützen das Volksbegehren des Landesblindendenverbandes und bitten alle Bürgerinnen und Bürger, sich durch ihre Unterschrift mit für das Volksbegehren einzusetzen. Die berechtigten Interessen der blinden Menschen in Niedersachsen müssen wieder hergestellt werden und eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben muss Blinden wieder ermöglicht werden.

Organisationspolitische Beschlüsse

Forum zum neuen SPD-Grundsatzprogramm	Nr.: O 1
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Organisationspolitik	

Der SPD-Bundesparteitag vom 14. – 17. November 2005 in Karlsruhe soll ein neues SPD-Grundsatzprogramm beschließen.

Der SPD-Bezirksparteitag beschließt daher die Einrichtung eines Forums zum Entwurf des neuen Grundsatzprogramms, um rechtzeitig vor Antragsschluss des Bundesparteitages eine Meinungsbildung im Bezirk Braunschweig herbeizuführen.

Die auf diesem Forum erarbeiteten Vorschläge sollten ggf. Grundlage eines Änderungsantrages des SPD-Bezirks Braunschweig zum Programmmentwurf des Parteivorstandes und für den Bundesparteitag in Karlsruhe eingebracht werden.

Das Forum sollte einerseits den interessierten Mitgliedern sowie Funktions- und Mandatsträgerinnen und –trägern die Möglichkeit zur Diskussion und zur Erarbeitung eigener Vorschläge geben, andererseits aber vor allem den Meinungsaustausch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirche und anderen gesellschaftlichen Gruppen zum neuen SPD-Grundsatzprogramm ermöglichen.

„Juso-Mitgliedschaft erhalten“	Nr.: O 3
Antragsteller: JUSOS	
Block: Organisationspolitik	

„Juso-Mitgliedschaft erhalten“

Die SPD Bezirk Braunschweig fordert die Bundes-SPD auf, die „Mitgliedschaft mit Teilrechten“ (sogenannte „Juso-Mitgliedschaft“) für junge Menschen unter 35 Jahren zu erhalten. Der entsprechende Modellversuch nach § 10 (2) Organisationsstatut soll verstetigt werden. Diese sichert ein wichtiges niedrigschwelliges Partizipationsangebot für Jugendliche.

Viele junge Menschen nutzen diese „Mitgliedschaft mit Teilrechten“ zur Mitarbeit bei den Jusos. Sie sind ein fester Bestandteil des Aktivenstamms.

Bei der Einführung einer SPD-Gastmitgliedschaft muss für junge Menschen unter 35 Jahren eine spezifische, entgeltfreie „Juso-Mitgliedschaft“ erhalten werden. Ein Angebot für junge Menschen sich politisch zu engagieren ohne SPD-Mitglied oder SPD-Gastmitglied zu werden, ist aus Sicht der Beteiligung junger Menschen an der Demokratie und aus Sicht des sozialdemokratischen Generationenaufbaus unerlässlich.

Zur Weiterleitung an den SPD Parteivorstand, AG SPD-Bundesparteitag sowie Juso-Bundesverband

Gemeinsames Singen	Nr.: O 4
Antragsteller: Unterbezirk Gifhorn	
Block: Organisationspolitik	

Gemeinsames Singen

Am Ende eines jeden SPD-Parteitages soll in Zukunft wieder das altbekannte Arbeiterlied „Wann wir schreiten Seit an Seit“ gesungen werden.

Beschlüsse zur Satzung

„Urwahl“ bei Kandidat/innenaufstellungen	Nr.: S 1
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Satzungsänderungen (tritt am 1. Mai 2005 in Kraft)	

Parteiämter § 4

(4) Kandidatinnen und Kandidaten für Gemeindevertretungen werden von den Ortsvereinen aufgestellt. Bestehen in einer Gemeinde mehrere Ortsvereine, so werden die Kandidatinnen und Kandidaten durch Delegierte der zur Gemeinde gehörenden Ortsvereine **oder durch gemeinsame Vollversammlungen** aufgestellt.

(5) Kandidatinnen und Kandidaten für die Kreistage werden durch Delegierte der zum Kreis gehörenden Ortsvereine **oder durch gemeinsame Vollversammlungen** aufgestellt.

(8) Wahlkreisvorschläge für Bundestag und Landtag werden durch die örtlich zuständigen Organisationsgliederungen im Benehmen mit dem Bezirksvorstand, **Bezirksausschuss** bzw. dem Parteivorstand beschlossen.

neu: (10) Soweit die Wahlgesetze es zulassen, sollen die Satzungen der zuständigen Untergliederungen vorsehen, dass Kandidatinnen und Kandidaten für Gemeindevertretungen und Parlamente auch von Vollversammlungen aufgestellt werden. Im Rahmen der Wahlgesetze sollen die Satzungen ferner vorsehen, dass die Vorstände der jeweils zuständigen Gliederung Richtlinien zur Durchführung solcher Vollversammlungen erlassen.

Im Satzungsanhang 2 „Bedingungen für die Aufstellung als Kandidat/ Kandidatin unter III. Aufstellung der Kandidaten/ Kandidatinnenlisten:

1. ... In Gemeinden mit mehreren Ortsvereinen müssen Delegiertenkonferenzen oder **gemeinsame Vollversammlungen** stattfinden.
2. Die Kandidaten/ Kandidatinnen für den Kreistag bzw. in kreisfreien Städten zum Rat der Stadt werden von einer Delegiertenkonferenz oder **einer Mitgliedervollversammlungen** gewählt.

Bezirksparteitag	Nr.: S 2
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Satzungsänderungen (tritt zum nächsten ordentlichen Parteitag in Kraft.)	

Bezirksparteitag § 7 (1)

neu: ... setzt sich zusammen:

- 1. aus 160 in den Unterbezirken gewählten Delegierten.**
- 2. aus den Mitgliedern des Bezirksvorstandes.**

Die Mandatsverteilung erfolgt nach der Mitgliederzahl der Unterbezirke, für die zum Zeitpunkt der Einberufung Pflichtbeiträge an den Bezirk abgeführt worden sind. Die Unterbezirke können ihre Delegierte auf einem Unterbezirksparteitag für die Dauer bis zum nächsten ordentlichen Unterbezirksparteitag wählen.

Bezirksparteitag	Nr.: S 3
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Satzungsänderungen (tritt am 1. Mai 2005 in Kraft.)	

Bezirksdelegiertenkonferenz § 15 (1)

Neu § 15 (Absatz 1) Satz 3 :

2. den 100 in den Unterbezirken gewählten Delegierten. § 7 (Absatz 1) Satz 5 gilt entsprechend.

Bezirksvorstand	Nr.: S 4
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Satzungsänderungen (tritt sofort in Kraft.)	

Bezirksvorstand § 16

- (1) Der Bezirksvorstand besteht aus dem bzw. der Bezirksvorsitzenden, zwei stellvertretenden Bezirksvorsitzenden, **dem/der Schatzmeister/in und 11** weiteren Mitgliedern.
Zweiter Absatz keine Änderung
- (2) Die Wahl des Bezirksvorstandes erfolgt in getrennten Wahlgängen. Nacheinander werden gewählt:
 - der bzw. die Bezirksvorsitzende
 - die stellvertretenden Bezirksvorsitzenden (Listenwahl)
 - **der bzw. die Schatzmeister/in**
 - **11** weitere Mitglieder des Bezirksvorstandes (Listenwahl)

Bezirksausschuss	Nr.: S 6
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Satzungsänderungen (tritt am 1. Mai 2005 in Kraft.)	

Bezirksausschuss

§ 19

(1) Der Bezirksausschuss kann zwischen den ordentlichen Bezirksparteitagen Beschlüsse fassen über

1. grundlegende regionalpolitische und landespolitische Entscheidungen.
2. grundsätzliche organisatorische Fragen.
3. die Vorbereitung von Wahlen zu den parlamentarischen Körperschaften.
4. die vom Bezirksparteitag bzw. von einer Delegiertenkonferenz an den Bezirksausschuss überwiesenen Anträge.

(2) neu:

Er fasst Beschlüsse im Rahmen seiner Aufgaben, soweit diese nicht durch Gesetze oder Satzung anderen Organen vorbehalten sind.

Der Bezirksausschuss hat außerdem die Aufgabe, die Politik in den Unterbezirken aufeinander abzustimmen, soweit dies erforderlich ist.

(3) Er setzt sich zusammen:

- **aus 40 Vertreter/innen, die in den Unterbezirken in geheimer Abstimmung auf die Dauer von zwei Jahren zu wählen sind.**
- **den Mitgliedern des Bezirksvorstands.**

§ 7 (Absatz 1) Satz 5 gilt entsprechend, wobei zwischen den ordentlichen Bezirksparteitagen keine Neuberechnung stattfindet.

Streichung von Aufzählung 1. in Satz 2

Mit beratender Stimme nehmen teil: Geltende Regelung bleibt erhalten.

§ 20

Der Bezirksausschuss tritt auf Antrag des Bezirksvorstandes oder mindestens 1/3 der Unterbezirksvorstände oder zur Beratung der vom Parteitag oder Delegiertenkonferenzen überwiesenen Anträge zusammen.

Kleiner Parteitag	Nr.: S 7
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Satzungsänderungen	

Neu: § 20 a

Kleiner Parteitag

Ein Kleiner Parteitag tritt mindestens einmal im Jahr zusammen.
Er hat die Aufgabe wichtige, aktuelle politische Themen zu behandeln und dadurch die Meinungsbildung in der Partei nachhaltig zu fördern.

Er kann Beschlussempfehlungen für den Bezirksausschuss und den Bezirksvorstand geben und bereitet Mitgliederbefragungen und Mitgliederentscheidungen inhaltlich vor.

Der Kleine Parteitag ist mindestens 2 Monate vor Mitgliederbefragungen und Mitgliederentscheidungen einzuberufen.

Er wird vom Bezirksvorsitzenden bzw. der Bezirksvorsitzenden einberufen, der bzw. die den Vorsitz führt.

Der Kleine Parteitag setzt sich zusammen aus:

1. den Mitgliedern des Bezirksvorstandes, des Bezirksausschusses und der Unterbezirksvorstände,
2. den Vorsitzenden der Ortsvereine, Abteilungen, Samtgemeinde-, Gemeinde- und Stadtverbände und je einem weiteren Mitglied pro Ortsverein;
3. dem/der Europa-, den Bundestags- und Landtagsabgeordneten, den sozialdemokratischen Landräten, Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Fraktionsvorsitzenden,
4. den Mitgliedern des Parteirates und den Delegierten des Bundesparteitages
5. den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften auf Bezirksebene

Der kleine Parteitag tagt parteiöffentlich.

Mitgliederentscheid	Nr.: S 8
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Satzungsänderungen	

Neu:

§ 20 b Mitgliederentscheid

(1) Ein Mitgliederentscheid kann den Beschluss eines Organs ändern, aufheben oder einen solchen Beschluss anstelle eines Organs fassen.

(2) Gegenstand eines Entscheides können nur solche Beschlüsse sein, die nicht durch Parteiengesetz oder durch andere Gesetze ausschließlich einem Organ vorbehalten sind.

Darüber hinaus können nicht Gegenstand eines Entscheides sein:

- a) die Beschlussfassung über Änderungen des Bezirksstatuts sowie der entsprechenden Statuten, Satzungen oder Ordnungen der Gliederungen,
- b) die Beschlussfassung über die Wirtschaftspläne der Partei und ihrer Gliederungen.

(3) Ein Mitgliederentscheid findet aufgrund eines Mitgliederbegehrens statt. Das Mitgliederbegehren muss einen konkreten Entscheidungsvorschlag enthalten und mit Gründen versehen sein.

Es kommt zustande, wenn es von zehn Prozent der Mitglieder unterstützt wird.

- (4) Ein Mitgliederentscheid findet ferner statt, wenn es
- a) der Bezirksparteitag mit einfacher Mehrheit oder
 - b) der Bezirksvorstand mit 2/3-Mehrheit beschließt oder wenn es
 - c) mindestens die Hälfte der Unterbezirksvorstände beantragen.

Diese Beschlüsse oder Anträge müssen einen Entscheidungsvorschlag enthalten und mit Gründen versehen sein.

(5) In den Fällen des Mitgliederbegehrens und im Fall des Unterabsatzes (4) kann der Bezirksvorstand einen eigenen Vorschlag zur Abstimmung vorlegen.

(6) Für die Durchführung des Mitgliederentscheids z.B. durch Briefwahl oder elektronische Abstimmungsverfahren trifft der Bezirksvorstand gesonderte Regelungen.

(7) Durch den Mitgliederentscheid wird eine verbindliche Entscheidung gegenüber dem Organ getroffen, an das der Mitgliederentscheid gerichtet ist.

Der Entscheid ist wirksam, wenn die Mehrheit derjenigen, die ihre Stimme abgegeben haben, mindestens aber 1/5 der stimmberechtigten Parteimitglieder, zugestimmt haben.

Innerhalb von zwei Jahren nach dem Mitgliederentscheid kann der Parteitag mit 2/3-Mehrheit eine andere Entscheidung treffen, danach genügt die einfache Mehrheit.

Beschlüsse zur Europa-, Bundes- und Landespolitik

- **Zuwanderungsgesetz**
- **Wehr – und Zivildienst**
- **Forschungsbergwerk Asse II - Langfristige Sicherheit**
- **SPD für gesetzlichen Mindestlohn**
- **Für eine angemessene Finanzausstattung der Niedersächsischen Kommunen**
- **Kahlschlag bei Post-Filialen verhindern**
- **Nebentätigkeit**
- **Keine Bürgerpolizisten**

Zuwanderungsgesetz	Nr.: E 2
Antragsteller: Unterbezirk Peine	
Block: Europa- und Bundespolitik	

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Wir Sozialdemokraten begrüßen nachdrücklich das Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes. Nur auf diesem Weg kann künftig Einwanderung vernünftig begrenzt und gesteuert werden. Gleichzeitig werden die Möglichkeiten zur Integration von Zuwanderern, die dauerhaft in Deutschland verbleiben, nachdrücklich verbessert.

1. Integration und damit die Verhinderung von Parallelgesellschaften kann nur gelingen, wenn Angebote zur Integration sowohl vorhanden sind, als auch genutzt werden. Wir erwarten deshalb von den Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, dass sie die deutsche Sprache erlernen, um am gesellschaftlichen Leben unseres Landes teilnehmen zu können. Selbstverständlich erwarten wir von allen, die in Deutschland leben, dass sie sich auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen, die das Grundgesetz begründet, und sich an Recht und Gesetze halten.
2. Das neue Zuwanderungsgesetz ermöglicht es, künftig den unhaltbaren Zustand von so genannten "Kettenduldungen" zu beseitigen. Im Regelfall soll nach 18 Monaten Duldung eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Dies gilt nicht, wenn bis dahin die Betroffenen mutwillig ihre Ausreise verhindert haben, zum Beispiel durch falsche Angaben zu ihrer Identität oder Staatsangehörigkeit. Wir fordern die niedersächsische Landesregierung eindringlich auf, im Rahmen der gesetzlichen Regelungen des Aufenthaltsgesetzes entsprechend dem klaren Willen des Gesetzgebers sicherzustellen, dass ein unsicherer Status durch das System von Kettenduldungen nicht mehr entsteht.
3. Über das bestehende Zuwanderungsrecht hinaus fordern wir, eine angemessene, integrationsfreundliche Altfall- bzw. Bleiberechtsregelung für Menschen, die sich über viele Jahre in einem unsicheren Status befinden, sich aber bereits in unsere Gesellschaft integriert haben und sich gesetzestreu verhalten. Die SPD-Bundestagsfraktion ermuntern wir, für eine solche Regelung eine entsprechende Initiative zu ergreifen. Von der niedersächsischen Landesregierung erwarten wir, sich einer solchen Regelung im Bundesrat nicht entgegen zu stellen.
4. Wir fordern die niedersächsische Landesregierung auf, unverzüglich, wie andere Bundesländer auch, eine Härtefallkommission einzurichten, um in

begründeten Einzelfällen, humanitären Gesichtspunkten Rechnung tragen zu können.

Wehr – und Zivildienst	Nr.: B 1
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Bundespolitik	

„Wehr- und Zivildienst oder Berufs- und Freiwilligenarmee?“

1. Die Mitglieder im SPD-Bezirk Braunschweig haben sich im Rahmen einer Mitgliederbefragung für die Beibehaltung der Wehrpflicht und damit auch für den Erhalt des Zivildienstes ausgesprochen. Um mehr Wehrgerechtigkeit zu erreichen, wollen die SPD-Mitglieder im Bezirk Braunschweig zugleich den Zivildienst durch die Einführung eines „Sozialen Pflichtjahres“ für Frauen und Männer ergänzen.
2. Der SPD-Bezirksparteitag nimmt dieses Ergebnis der Mitgliederbefragung zur Zukunft von Wehr- und Zivildienst zur Kenntnis. Die Delegierten des Bezirks Braunschweig auf dem SPD-Bundesparteitag werden aufgefordert, diese Entscheidung der Mitgliederbefragung bei ihrem Abstimmungsverhalten zu berücksichtigen.

Forschungsbergwerk Asse II - Langfristige Sicherheit	Nr.: B 2
Antragsteller: Unterbezirk Wolfenbüttel	
Block: Bundespolitik	

Atomares Forschungsbergwerk Asse II - Langfristige Sicherheit, Optionsvergleich, Beobachtung mit Informationszentrum

Das ehem. Salzbergwerk Asse II wurde 1967 zum Forschungsbergwerk in dem ca. 124.000 Fässer schwachradioaktiver und ca. 1.300 Behälter mit mittelradioaktiven Abfall bis 1977 eingelagert wurde. Diese Abfälle enthalten u.a. ca. 12 kg Plutonium, 87 t Thorium, 102 t Uran und erhebliche Mengen chemischer Stoffe.

In den 70er Jahren erfolgten 2 Falschaussagen der GSF:
Das Bergwerk Asse II bleibt standsicher und trocken, es wird keinen Wassereinbruch geben.

Diese Prognosen von der GSF haben nicht standgehalten!!

Seit 1991 werden Laugenzuflüsse (Na-Chlorid) beobachtet, ca. 12 m³ pro Tag, hinzu kommen Bewegungen im Berg, d.h. Asse II ist nicht standsicher und auch nicht trocken. Asse II wird im Laufe der Zeit "absaufen".

Die größte Gefahr entsteht durch das Auflösen der Verpackungen des radioaktiven Abfalls über den Kontakt mit der Chloridlösung, wodurch auch die gebundenen Radionuklide in Lösung gehen. Diese dann kontaminierte Chloridlösung wird durch die Standsicherheitsprobleme von Asse II aus dem Berg gepresst und könnte über das Grundwasser in die Nahrungskette gelangen.

Die geplante Maßnahme der GSF ein Schutzfluid (Mg-Chlorid) in Asse II einzubringen, um das Bergwerk vor einer Zerstörung der Carnallitsalzschrift durch die Laugenzuflüsse zu schützen, hat einen großen Nachteil, dieses Schutzfluid beschleunigt den Auflösungsprozess der Atommüllverpackung und Bindung mit in Lösung gehen der Radionuklide in ca. 10-100 Jahre. Die GSF erstellt z. Zt. den Langzeitsicherheitsnachweis der für uns 10.000 Jahre für Sicherheit auf dem Papier sorgen soll.

Dies ist so nicht ausreichend; zum einen hat sich die GSF schon einmal geirrt, was die Gegebenheiten vor Ort angeht. Das heißt, wir werden in Asse II eine nasse sich auflösende Endlagerung haben. Und zum anderen fehlt jeglicher Vergleich mit anderen Möglichkeiten. Bis heute wurde nicht untersucht, was für Asse II wirklich sinnvoller ist. Ein radioaktives Endlager mit in Lösung gehen von Radionukliden oder eine Rückholung des Atommülls aus Asse II, mit dann folgender trockener Zwischen- oder Endlagerung des Atommülls. Dies wurde bisher versäumt!

Die GSF erledigt ihren Auftrag. Sie hat z. Zt. keinen Auftrag nach dem Sinnvollsten für Asse II zu suchen, oder gar Optionen gegenüber zu stellen. Unsere Forderungen, die aus den oben genannten Gegebenheiten resultieren sind folgende:

a) Es wird ein Optionsvergleich beantragt

Um entscheiden zu können, ob Endlagerung oder Rückholung für Asse II Sinn acht, müssen gesicherte Fakten vorliegen. In diesem Optionsvergleich soll eine wissenschaftliche Abwägung sämtlicher Möglichkeiten für Asse II erstellt werden, die den Vergleich zwischen Endlagerung mit in Lösung gehen der Radionuklide und der Rückholung des Atommülls aus Asse II gegenüberstellt.

Grundsätzlich ist es der Öffentlichkeit wohl kaum zu vermitteln, dass in dem Forschungsbergwerk Asse II ein Langzeitsicherheitsnachweis mit viel Aufwand auf

theoretischer Basis erstellt wird, für ein Konzept mit vielen Annahmen, Schätzungen und Freisetzung von Radionukliden und hingegen die evtl. Alternative der Rückholung der noch gebundenen Radionuklide mit anschließender trockener Zwischenlagerung oder Endlagerung mit bekannten Fakten und kalkulierbaren Randbedingungen bisher überhaupt nicht wissenschaftlich und technisch untersucht wurde. Dieser Optionsvergleich macht jetzt noch Sinn, bevor der Auflösungsprozess Atommüllverpackung /-Bindung begonnen hat.

b) Es wird eine Messbeobachtungsstation beantragt

Sollte der in Asse II eingelagerte Atommüll in Asse II verbleiben, dann soll auf Dauer eine Messbeobachtungsstation bzw. Umgebungsüberwachung in den Bereichen Wasser, Luft und Boden in näherer und weiterer Umgebung des Forschungsbergwerks Asse II eingerichtet werden. Die Messstation soll nach Erhöhungen der Grunddaten vor Ort, von chemischen Stoffen und nach Erhöhungen über die natürlichen Radioaktivitäten hinaus, messen und eine Früherkennung gewährleisten. Diese Messbeobachtungsstation ist erforderlich, da in Asse II der radioaktive Atommüll nicht trocken gelagert wird und die GSF bereits heute davon ausgeht, dass Radionuklide in die Biosphäre gelangen werden.

c) Es wird ein Informationszentrum beantragt

Sollte der in Asse II eingelagerte Atommüll in Asse II verbleiben, dann soll auf Dauer ein Informationszentrum über der Schachanlage Asse II eingerichtet werden. Die Informationen sind auch für folgende Generationen erforderlich - sie sollen nicht in Vergessenheit geraten. Die Geschichte von Asse II, vom Salzbergwerk, Forschungsbergwerk bis zum Atommüll-Endlager mit den Besonderheiten und auch Problemen von Asse II. Technische Informationen und Dokumentationen über die Situation des Endlagers und aktuelle Messwerte sollen für die Öffentlichkeit dargestellt werden.

Die SPD Landtagsfraktion in Niedersachsen und die SPD Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die oben genannten 3 Forderungen realisiert werden.

SPD für gesetzlichen Mindestlohn	Nr.: B 3
Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	
Block: Bundespolitik	

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Der SPD-Bezirk Braunschweig ist für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, der deutlich über der Armutsgrenze liegt. Wir fordern die Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Parteivorstand auf im Dialog mit Wirtschaft und Gewerkschaften einen Vorschlag zu erarbeiten und im Anschluss umzusetzen.

Weiterleitung an Bundesregierung, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Parteivorstand.

Für eine angemessene Finanzausstattung der Niedersächsischen Kommunen	Nr.: B 5
Antragsteller: Unterbezirk Goslar	
Block: Bundes- und Landespolitik	

Für eine angemessene Finanzausstattung der Niedersächsischen Kommunen

1. Die niedersächsische Landesregierung wird aufgefordert, die willkürliche Kürzung des Anteils der Kommunen an den Landeseinnahmen von 16,09% auf 15,04% zurückzunehmen
2. Die Niedersächsische Landesregierung wird aufgefordert, ihr Wahlversprechen zur Einführung eines strikten Konnexitätsprinzips sowie eines Konsultationsmechanismus nach österreichischem Vorbild umzusetzen. Zentrale Eckpunkte des Konnexitätsprinzips müssen sein:
 - a. Die Gleichzeitigkeit der Aufgabenzuweisung bzw. -veränderung mit einer Regelung der einhergehenden Kostenfolge. Es darf kein Verweis auf einen späteren Zeitpunkt bzw. auf die jährlichen Verhandlungen nach dem Finanzausgleichsgesetz erfolgen. Nur ein solches, striktes Konnexitätsprinzip kann die erforderliche Warn- und Schutzfunktion entfalten.
 - b. Das Konnexitätsprinzip darf nicht nur bei der Übertragung neuer öffentlicher Aufgaben eingreifen, sondern auch bei der Veränderung bestehender kommunaler Aufgaben und Standards. Es muss neben Gesetzen und Verordnungen, auch alle Verwaltungserlasse oder staatliche Vorgaben mit finanziellen Auswirkungen für die Kommunen erfassen.
 - c. Die Kommunen müssen einen sofort einklagbaren Anspruch auf Kostenerstattung bei der Übertragung von Aufgaben oder der finanzwirksamen Aufgabenveränderung durch oder aufgrund eines Landesgesetzes haben.
 - d. Auch Bundes- und Europarecht müssen Gegenstand des Konnexitätsprinzips werden, da die notwendigen Ausführungsgesetze ebenfalls der Konnexität unterliegen müssen.
 - e. Über den Anspruch auf vollständige Konnexität hinaus müssen die Gemeinden ein Vetorecht gegen finanzwirksame Gesetze, Verordnungen, Erlasse und Richtlinien des Landes haben: Widerspricht mehr als die Hälfte der Gemeinden dem Vorhaben des Landes und ist Klage vor dem Staatsgerichtshof erhoben worden, so darf das Vorhaben des Landes in seinen finanzwirksamen Teilen nicht in Kraft treten, bis der Staatsgerichtshof über die Rechtmäßigkeit der Kostenerstattungsregelung befunden hat. Dasselbe gilt, wenn die kommunalen Spitzenverbände gemeinschaftlich Klage vor dem Staatsgerichtshof erhoben haben.
3. Langfristig setzen wir auf einen erneuten Anlauf einer großen Gemeindefinanzreform, die den Kommunen eine angemessene Finanzausstattung ermöglicht.

Weiterleitung an SPD-Bundes- und Landesparteitag.

Kahlschlag bei Post-Filialen verhindern	Nr.: B 8
Antragsteller: Unterbezirk Goslar	
Block: Bundes- und Landespolitik	

Die Deutsche Post AG plant zur Zeit den massiven Abbau von stationären Postservicafilialen. Allein in Niedersachsen sollen über 130 Standorte geschlossen werden. Wir wissen, dass es sich bei der Post AG nicht mehr um eine staatliche Behörde handelt, sondern um eine privatrechtlich organisierte Aktiengesellschaft. Die Möglichkeiten der Politik, diesem Abbau entgegenzuwirken, sind deshalb begrenzt. Gleichwohl muss sich die Deutsche Post AG an Recht und Gesetz

halten. Mit der Postuniversaldienstleistungsverordnung ist das Unternehmen verpflichtet ein Mindestmaß an Einrichtungen vorzuhalten. In zusammenhängenden Siedlungsgebieten über 2000 Einwohner/innen ist das verpflichtend. Überall, wo wir den berechtigten Eindruck haben, dass das Recht verletzt wird, werden wir mit Hilfe der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post einschreiten. Wir weisen die Post AG aber ebenfalls darauf hin, dass es sich hierbei um Mindestanforderungen handelt. Das Unternehmen kann und sollte darüber hinaus Standorte erhalten.

CDU und FDP in Niedersachsen spielen in Sachen Postfilialen ein doppeltes Spiel: Auf der einen Seite beklagen diese Parteien vor Ort den Abbau von Filialen – auf der anderen Seite versucht die Landesregierung über den Bundesrat die Post noch schneller zu liberalisieren. Die Folge wäre ein noch viel massiverer Rückzug der Post.

Nebentätigkeit	Nr.: B 10
Antragsteller: Unterbezirk Osterode	
Block: Bundes- und Landespolitik	

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion im Niedersächsischen Landtag werden aufgefordert, die Gesetze und Regeln für Nebentätigkeiten der Abgeordneten zu überprüfen und zu verändern. Die Abgeordneten haben ihre persönlichen Nebeneinkünfte auch unter Angaben der Höhe und der entsprechenden Arbeitszeit offen zu legen. Die Angaben sind in angemessener Form z.B. im Bundestagshandbuch zu veröffentlichen.

Keine Bürgerpolizisten	Nr.: L 2
Antragsteller: Unterbezirk Goslar	
Block: Landespolitik	

Keine Bürgerpolizisten

Die vom nds. CDU-Innenminister geplanten sogenannten Bürgerpolizisten werden entschieden abgelehnt. Die SPD im Bezirk Braunschweig unterstützt die Kritik der Gewerkschaft der Polizei im vollen Umfang.

Beschlüsse zur Bildungspolitik

Informationskampagne des SPD-Bezirks Braunschweig: „Bildung ist teuer – Keine Bildung ist teurer. Niedersachsens Kinder brauchen Perspektiven.“	Nr.: Bildung 1
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Bildungspolitik	

Informationskampagne des SPD-Bezirks Braunschweig:

**„Bildung ist teuer – Keine Bildung ist teurer.
Niedersachsens Kinder brauchen Perspektiven.“**

Seit der Landtagswahl 2003 haben CDU und FDP in Niedersachsen:

- Die Hausaufgabenhilfe für lernschwache Schülerinnen und Schüler komplett gestrichen.
- Die Sprachförderung im Kindergarten massiv gekürzt.
- Die Lernmittelfreiheit abgeschafft.
- 1.400 Lehrerstellen gestrichen, 1.000 Lehrerstellen im Jahr 2005 nicht besetzt und 1.400 Lehrerstellen für ihre Schulstrukturereform „verbraucht“.
- Die Unterrichtsversorgung manipuliert und durch die Streichung von Förderstunden deutlich verschlechtert.
- Die Klassenfrequenzen in Realschulen und Gymnasien vergrößert.
- Etikettenschwindel bei Ganztagschulen betrieben, die ohne zusätzliche Lehrer oder Sozialpädagogen eingerichtet werden.
- Und nicht zuletzt das dreigliedrige Schulwesen mit früher Selektion und ohne individuelle Förderung wieder eingeführt.

Statt die Konsequenzen aller internationalen Bildungsstudien endlich auch in Niedersachsen zu ziehen, verschlechtern sich in Niedersachsen vor allem die individuellen Chancen für Kinder und Jugendliche auf gezielte Förderung, auf möglichst gute Schulabschlüsse und damit auf Teilhabe und Teilnahme an den Möglichkeiten unserer Gesellschaft als Erwachsener. In der Folge wird Niedersachsens Wirtschaft in den kommenden Jahren kein ausreichendes Potential an gut ausgebildeten Fachkräften vorfinden.

Noch wichtiger für uns Sozialdemokraten ist, dass eine gute Ausbildung Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an der Gesellschaft ist

Die SPD im Bezirk Braunschweig startet deshalb im Jahr 2005 eine Informationskampagne

**„Bildung ist teuer – Keine Bildung ist teurer.
Niedersachsens Kinder brauchen Perspektiven.“**

Diese Informationskampagne soll beinhalten:

- Diskussion der bildungspolitischen Ziele und Projekte der SPD mit Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrern und gesellschaftlichen Partnern der Bildungslandschaft (Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, u.a.m.)
- Organisation von bildungspolitischen Veranstaltungen in den Ortsvereinen und Unterbezirken.
- Beschlussfassung über die bildungspolitischen Ziele und ihre Finanzierung auf einem a.o. Bezirksparteitag oder einer Bezirksdelegiertenkonferenz.

- Erarbeitung von kommunalpolitischen Leitlinien zur Bildungspolitik für den Kommunalwahlkampf 2006.
- Erarbeitung von Materialien für die Ortsvereine Unterbezirke.

Bildungspolitik: Niedersachsen braucht Perspektiven !	Nr.: Bildung 2
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Bildungspolitik	

Bildungspolitik: Niedersachsen braucht Perspektiven!

Als Diskussionsgrundlage für die Beratungen über die bildungspolitischen Ziele der SPD im Bezirk Braunschweig und für die Informationskampagne „Bildung ist teuer – Keine Bildung ist teurer. Niedersachsens Kinder brauchen Perspektiven.“ fast der der SPD-Bezirksparteitag folgenden Beschluss:

1. Die neue soziale Frage.

Die sozialen Herausforderungen der kommenden Jahre werden entscheidend geprägt durch den Zugang zu Bildung, die individuelle Förderung der Persönlichkeit und der Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler und die Fähigkeit zu lebensbegleitendem Lernen. Bildung und Erziehung zu Kompetenz und Orientierung bilden zugleich die Grundlage für die individuellen Chancen auf Teilnahme und Teilhabe in unserer Gesellschaft, für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes und die Stabilität unserer Demokratie.

Wir wissen: Die Leistungen unseres deutschen Bildungssystems sind unzureichend. Das Niveau der Spitzenländer im internationalen Vergleich erreichen wir nur, wenn Bund, Länder, Kommunen, die Leitungen der Bildungseinrichtungen, Lehrkräfte, Eltern, Wirtschaft, Gewerkschaften und die Lernenden enger zusammenwirken. Gemeinsam haben sie die Aufgabe, Bildungsziele zu definieren, Standards und Methoden zu entwickeln sowie finanzielle Ressourcen zu erschließen.

Die Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen erfordert vor allem auch in der Politik eine klare Prioritätensetzung für Kinder und Familien, für Bildung und Erziehung. Eine nachhaltige und aktive Politik muss gezielt in Kinder und Familien investieren.

2. Herausforderungen für die sozialdemokratische Bildungspolitik.

Sozialdemokratische Bildungspolitik hat gegen den Widerstand von CDU und FDP in den letzten Jahrzehnten viel erreicht: Den Ausbau der Kindertagesstätten, die Sprachförderung vor der Einschulung und die flexible Eingangsstufe in der Grundschule, verlässliche Unterrichts- und Betreuungszeiten in den Grundschulen, mehr Gesamtschulplätze für eine gemeinsame Schulzeit und den Ausbau der Ganztagschulen. Allein der Ausbau des Berufsbildungssystems sowie der Fachhochschulen hat für mehr Bildungsbeteiligung und Durchlässigkeit gesorgt und vielen Menschen den mühsamen Weg über Kollegs und Abendschulen erspart.

Wir wissen aber heute, dass unser deutsches Bildungssystem gravierende Mängel und Defizite aufweist. Auch die sozialdemokratischen Bildungsansätze waren oft nicht weit reichend genug, um die soziale Auslese in unseren Bildungsinstitutionen drastisch zu verringern. Wir müssen feststellen, dass wir die Bildungsbeteiligung und die Höherqualifizierung, die im internationalen Vergleich mehr denn je notwendig ist, nicht erreichen.

Ziel sozialdemokratischer Politik muss es deshalb vorrangig sein:

- Den Schulerfolg unabhängig von der sozialen und nationalen Herkunft zu machen.
- Den Anteil derjenigen zu senken, die unsere Schulen ohne Abschluss verlassen.
- Den Anteil derjenigen zu erhöhen, die höhere Schulabschlüsse erreichen.

3. Investitionen in Bildung statt Subventionen in Besitzstände.

Ein hohes Bildungsniveau und leistungsfähige Bildungseinrichtungen sind die wichtigsten Zukunftsinvestitionen für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Aus diesem Grund müssen sich in Zukunft Bund, Länder und Gemeinden bei ihren Prioritätensetzungen in den öffentlichen Haushalten wesentlich stärker zwischen „Pflicht“ und „Kür“ entscheiden. Wir brauchen eine drastische Umverteilung zulasten verzichtbarer Subventionen wie der Eigenheimzulage oder der Subventionierung der Landwirtschaft und zugunsten der Ausgaben für Bildung.

4. Grundsätze für die Gestaltung unseres Bildungssystems.

Unter dem Leitmotiv „Fördern und Fordern“ gelten für uns folgende Grundsätze für die zukünftige Gestaltung unseres Bildungssystems:

- Hohe Ansprüche an das Lernen aller Kinder und Jugendlicher – Lernen fordern.
- Kein Kind zurück lassen – Lernen fördern.
- Unterschiedlichkeit voraussetzen – Lernen individualisieren.
- Verschiedenheit anerkennen – Respekt vor Besonderheiten.
- Benachteiligungen kennen und mildern – Erziehungsleistungen stärken.
- Selbstverantwortung altersgemäß erproben – Erfahrungsräume schaffen.

5. Zentrale Forderung an unser Bildungssystem

Daraus ergeben sich fünf zentrale Schwerpunkte für eine sozialdemokratische Bildungspolitik:

- I. Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Bildungspolitik muss der Ausbau Frühförderung werden. Deshalb wollen wir die Kindergärten zu Zentren der frühen Förderung entwickeln.

Beginnend in den sozialen Brennpunkten Niedersachsens und schrittweise flächendeckend sollen die Kindergärten qualitativ und quantitativ ausgebaut werden, um sowohl mit Eltern aber auch mit den Grundschulen gemeinsam die individuelle Förderung der Kinder ab dem 2. Lebensjahr zu ermöglichen.

Zur Sicherung des Spracherwerbs aber auch zur Förderung der Schulfähigkeit sollen alle Kinder mindestens ein Jahr vor der Grundschule verbindlich und kostenfrei den Kindergarten besuchen.

- II. Die frühe Selektion im dreigliedrigen Schulsystem muss zugunsten einer längeren gemeinsamen Schulzeit und der individuellen Förderung abgebaut werden.
- III. Die Schulzeit soll in der Regel 12 Jahre dauern.
- IV. Um die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft zu überwinden brauchen wir den flächendeckenden Ausbau mit Ganztagschulen, beginnend ab der Grundschulzeit, und eine längere gemeinsame Schulzeit. Gezielte Förderangebote für lernschwache und lernstarke Kinder sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfordern qualitativ hochwertige ausgestattete Schulen für den ganzen Tag.

- V. Unsere Schulen brauchen einerseits mehr Eigenverantwortung und Selbstständigkeit, andererseits klare qualitative Leistungsstandards, an denen sie sich orientieren müssen. Das eröffnet Spielräume insbesondere für die regionale Kooperation mit der kommunalen Jugendhilfe, den Jugend-, Kultur und Sporteinrichtungen und sichert zugleich die notwendige Vergleichbarkeit der Qualität.

Berufliche Bildung/ Berufsbildende Schulen	Nr.: Bildung 4
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Bildungspolitik	

Berufliche Bildung/ Berufsbildende Schulen

Seit Jahren ist die Bundesagentur für Arbeit der größte „Beschäftigter“ von Jugendlichen bis 25 Jahren: Bei ihr befinden sich bundesweit über 500.000 Jugendliche in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, in der Wirtschaftsregion SON sind es etwa 5.000 junge Menschen. Alles in allem, in den letzten Jahren haben viele ausbildungswillige junge Menschen schreckliche Jahre erleben müssen.

Es kann wirklich keine Rede davon sein, dass die Ausbildungswelt in Ordnung ist. Wer die betriebliche Berufsausbildung vor dem Verfall bewahren und zukunftsfest machen will, der muss dafür sorgen, dass wieder mehr Betriebe ausbilden und sich alle Profiteure von gut ausgebildeten Fachkräften an den Kosten beteiligen.

Nach gemeinsamer Auffassung der vielen Fachleute aus Wirtschaft, Verbänden, Gewerkschaften, müssen alle Berufsbildende Schulen den technischen Anforderungen entsprechend ausgestattet sein, um die neuen Anforderungen an die vielfältigen, aktualisierten Berufsausbildungen erfüllen zu können. Die Beauftragten der Länder und Kommunen sind gefordert, ihre darauf gerichteten Anstrengungen verstärkt fortzusetzen.

Die vielfältigen Anforderungen der ausbildenden Wirtschaft, die unterschiedlichen Eingangsqualifikationen der Auszubildenden und die damit gestiegenen Ansprüche an die Berufsbildenden Schulen erfordern nicht nur Möglichkeiten zum Erwerb von Zusatzqualifikationen, sondern darüber hinaus eine Differenzierung des Unterrichts und der Lernangebote.

Lernprozesse in den Berufsbildenden Schulen sind dann besonders nachhaltig und effizient, wenn sie den Bedürfnissen der Nachfrager und den Lernvoraussetzungen der Berufsschüler/innen entsprechen. Die Berufsbildner und Ausbilder erwarten auch hier von den Ländern und Schulträgern, dass die für Zusatzangebote und Differenzierungsmaßnahmen notwendigen personellen und sächlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Den beruflichen Schulen droht ein steigender, gravierender Mangel an berufsspezifisch qualifizierten Lehrkräften bei immer noch steigenden Schülerzahlen und zunehmenden Pensionierungen. Schon 1997 hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung für die Jahre 2002 bis 2007 einen Lehrerberuf für alle berufsbildenden Schulen von jährlich 5.100 Lehrkräften berechnet. Dieser Bedarf ist mit den derzeit eingeschriebenen Studenten der Berufs- und Wirtschaftspädagogik nicht zu decken.

Die Berufsbildner und Auszubildenden kritisieren, dass die Länder dem seit Jahren absehbaren Berufsschullehrermangel keine rechtzeitigen und präventiven Maßnahmen entgegengesetzt haben. Sie fordern, dass umgehend Programme zur Attraktivitätssteigerung des Studiums für die Lehrämter an beruflichen Schulen sowie zur Werbung und Qualifizierung von Seiteneinsteigern (Diplombetriebswirte, Diplomkaufleute, Diplomingenieure etc.) getroffen werden.

Die Länder sollten sich untereinander über geeignete Maßnahmen abstimmen und vergleichbare Angebote, Einstellungskonditionen und Anreizsysteme schaffen, um hier Konkurrenz um die wenigen Bewerber auszuschließen.

Das Erststudium in Deutschland muss gebührenfrei bleiben.	Nr.: Bildung 5
Antragsteller: Unterbezirk Goslar	
Block: Bildungspolitik	

Das Erststudium in Deutschland muss gebührenfrei bleiben

Der SPD-Bezirk Braunschweig lehnt die Einführung von Studiengebühren nachdrücklich ab. Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich gegen die Einführung von Studiengebühren durch die CDU/FDP in Niedersachsen zu wenden. Stattdessen müssen die erzielten Fortschritte im deutschen Hochschulsystem wie die BAFÖG-Reform der Bundesregierung fortgesetzt werden. Die SPD steht für eine moderne und gerechte Bildungspolitik mit dem Anspruch, allen Menschen die gleichen Chancen zu geben.

Lernmittelfreiheit hilft	Nr.: Bildung 8
Antragsteller: Unterbezirk Gifhorn	
Block: Bildungspolitik	

Lernmittelfreiheit hilft

Wer es ernst meint mit dem Schleifen von Bildungsschranken, muss dafür Sorge tragen, dass allen unabhängig vom Einkommen die notwendigen Lernmittel zur Verfügung stehen.

Wir fordern die Rückkehr zur Lernmittelfreiheit, statt über Wochen teures Lehrpersonal mit einem bürokratischen Mietkaufmodell als staatliche Kassierer zu beschäftigen

Beschluss zur Regionalpolitik

Braunschweig 2010: Eine gemeinsame und starke Region.	Nr.: R 1
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Regionalpolitik	

Braunschweig 2010: Eine gemeinsame und starke Region.

I. Ein Erfolg der SPD: Zusammenarbeit in der Region Braunschweig.

Mit der Gründung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig (ZGB) durch die sozialdemokratische Landesregierung im Jahr 1992 wurde eine gemeinsame Regionalentwicklung für die drei kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg sowie die Landkreise Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel eingeleitet. Mit der Übernahme des öffentlichen Personennachverkehrs und der Regionalplanung besitzt der ZGB heute zwei wichtige und ursprünglich kommunale Kernaufgaben.

Die Gründung dieses Kooperationsverbundes in Form des ZGB war bereits mit Blick auf die stärkere Bedeutung der Regionen und der regionalen Zusammenarbeit im Rahmen der wirtschaftlichen und der europäischen Entwicklung erfolgt. Der Wettbewerb um Arbeitsplätze, Einwohner, staatliche und private Institutionen und nicht zuletzt auch um Fördermittel wird immer mehr zwischen den Wirtschaftsregionen geführt und nicht mehr zwischen einzelnen kommunalen Gebietskörperschaften.

In dieser Entwicklung standen auch die Gründung weiterer regionaler Verbünde wie die Braunschweigische Landschaft, die Entwicklungsagentur Reson und die Bildung einer Marketing GmbH in der Folge der EXPO 2000.

Kern einer gemeinsamen wirtschaftlichen Entwicklung ist die noch von der SPD geführten Landesregierung im Jahr 2002 initiierte Gründung der Region Braunschweig GmbH, in der zwischenzeitlich sowohl Reson als auch die Marketing GmbH aufgegangen ist und in der der ZGB Sitz und Stimme hat.

II. Regionalpolitik von CDU und FDP ist konzeptionslos.

Parallel zu diesen regionalen Kooperationsvorhaben führen CDU und FDP auf Landesebene Entwicklungen herbei, die für die Region Braunschweig einerseits weitreichende Konsequenzen haben können, andererseits ohne eine wirkliche Beteiligung und Einflussnahme der regionalen Verantwortungsträger vorangetrieben werden. Vor allem aber, erfolgen diese Entwicklungen unkoordiniert und in einem völlig ungeklärten Verhältnis zu den Zielen der regionalen Zusammenarbeit im Großraum Braunschweig:

- Die Abschaffung der Bezirksregierungen und damit der bislang ersatzlose Verlust einer regionalen Bündelungsbehörde u.a. für wichtige Infrastrukturprojekte und Planvorhaben.
- Die Gründung einer Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz ohne klare regionale Legitimation der meisten darin berufenen Mitglieder.
Die Veränderungsabsichten bei der Nord/LB und den öffentlichen Versicherungen, bei denen nach Abschaffung der Bezirksregierungen keinerlei Interessenvertretung der Region Braunschweig mehr existiert.

- Die Gründungsabsicht einer Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen, ohne erkennbare reale Kooperationsprojekte und ohne eine Klärung des Verhältnisses der Region Hannover zum ZBG oder seinen Mitgliedern.
- Der faktische Zwang zu Einzelentscheidungen für Gebietsreformen (derzeit Landkreis Lüchow-Dannenberg), weil ein gemeinsames Konzept für das Land Niedersachsen verweigert wird.

III. Die Region Braunschweig muss Akteur werden..

Nicht zuletzt die Abschaffung der Bezirksregierung wirft die Frage auf, wer in Zukunft die Aufgaben einer gemeinsamen Regionalentwicklung übernehmen soll, die einerseits von ZGB bislang nicht abgedeckt werden, andererseits aber vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und europäischen Entwicklung immer stärker notwendig sind.

Während die Region Hannover mit rund 1 Million Einwohnerinnen und Einwohnern ihre eigenen Kompetenzen nutzt und ihre Entwicklung maßgeblich selbst beeinflussen kann, droht den Gemeinden, Städte und Landkreise der Region Braunschweig die Gefahr, in den kommenden Monaten und Jahren immer wieder zum „Zuschauer“ und Objekt bei staatlichen oder wirtschaftlichen Entscheidungen zu sein. Die Region Braunschweig muss deshalb wieder stärker zum Akteur und zum eigenverantwortlich handelnden Subjekt ihrer Entwicklung werden.

Für eine gemeinsame und abgestimmte Regionalentwicklung existieren zwei wichtige Voraussetzungen:

- 1) Ausreichender rechtlicher und finanzieller Spielraum für die Entscheidungen „vor Ort“ in den Gemeinden und Städten.
- 2) Ein klarer Rahmen für die Aufgaben der regionalen Zusammenarbeit und die dazu gehörende gemeinsame und übergreifende Verwaltungs- und Finanzstruktur auf der Ebene der Landkreise bzw. darüber hinaus.

Beides ist in der Region Braunschweig bis heute nur unzureichend vorhanden:

- Die kommunalen Gebietskörperschaften geraten durch die ihnen auferlegte Vielzahl der Aufgaben und eine dauerhaft unzureichende Finanzausstattung des Landes immer stärker in die Zahlungsunfähigkeit.
- Gleichzeitig steht der Entwicklung der regionalen Kooperation – z.B. in der Region Braunschweig GmbH oder der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz – keine umfassende und demokratisch legitimierte politische und administrative Struktur gegenüber.

Die Folgen sind vorher sehbar: Zu lange Entscheidungswege, gegenseitige Blockade, mangelnde Effizienz, Doppelarbeit und unnötige Verwaltungsausgaben.

IV. Die Region Braunschweig braucht eine gemeinsame Interessenvertretung.

Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Kommunal- und Regionalpolitik kann nicht der Erhalt bestehender Strukturen um ihrer selbst Willen stehen. Unser Mittelpunkt sind die Interessen der Menschen in unserer Region an Arbeitsplätzen, Bildungsangeboten, Kinder- und Jugendförderung, einem reichhaltigen Kultur-, Freizeit und Sportangebot und an einer effizienten, leistungsfähigen und bürgernahen Verwaltung.

Wir Sozialdemokraten sind deshalb bereit, immer wieder die bestehenden politischen und administrativen Strukturen darauf zu untersuchen, ob durch ihre Veränderung mehr Effizienz, Leistungsfähigkeit und größere finanzielle Spielräume erreicht werden können, um diesen Interessen der Menschen möglichst umfassend nach zu kommen.

Der SPD-Bezirksparteitag spricht sich deshalb nachdrücklich dafür aus den Zweckverband Großraum Braunschweig auszubauen für:

- a) die wirksame politische Vertretung gemeinsamer regionaler Interessen insbesondere gegenüber den staatlichen Ebenen Land, Bund und Europäische Union;
- b) eine weitergehende Koordinierung regionaler Aufgaben. (Dazu können z.B. gehören: regionale Wirtschaftsentwicklung und regionales Marketing, regionales Schul-, Bildungs- und Qualifizierungsangebot, Naherholung, Straßenunterhaltung, Räumdienste, Hochwasserschutz und Gewässerschutz, Abfallbeseitigung, Bevorratung von Grundstücken für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen u.a.m.)

Der SPD-Bezirksparteitag ist sich darüber im klaren, dass dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn

- dem Prozess eine eingehende Analyse der bestehenden Aufgaben und aller Kosten vorangeht,
- alternative Vorschläge für Aufgabenbündelung, Zuständigkeiten und Struktur eines zukünftigen „Kommunalverbandes Region Braunschweig“ ausreichend beraten und gegeneinander abgewogen wurden,
- und keine Tabus für denkbare Eingriffe in bestehende Zuständigkeiten, Strukturen und Verwaltungs- und Gebietskörperschaften errichtet werden.

V. Unser Ziel: Entwicklung eines echten Kommunalverbandes.

Der SPD-Bezirksvorstand wird deshalb beauftragt, eine entsprechende Projektgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden sowie des Zweckverbandes Großraum Braunschweig mit der Erarbeitung von Vorschlägen und Entscheidungsalternativen für die Zukunft der Zusammenarbeit in der Region Braunschweig zu beauftragen.

Dabei sind insbesondere folgende Fragestellungen zu beantworten:

- Welche Aufgaben in der Region Braunschweig erfordern eine gemeinsame politische und administrative Interessenvertretung?
- Welche kommunalen Aufgaben können sinnvoll auf der Ebene eines Kommunalverbandes koordiniert und/oder gemeinsam wahrgenommen werden?
- Welche politische und administrative Struktur soll ein künftiger Kommunalverband Region Braunschweig erhalten?
- Welche politische und administrative Struktur soll unterhalb des Kommunalverbandes existieren? (Aufgaben, Größe und Finanzausstattung der Verwaltungseinheiten usw.)

Im Frühjahr 2006 veranstaltet der SPD-Bezirk Braunschweig dazu eine kommunalpolitische Konferenz auf der diese Vorschläge und Entscheidungsalternativen vorgestellt und beraten werden.